

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:
Herrn W. Schmitt
Herrn Dr. G. Schmitt
Herrn H. Schmitt
Herrn L. Schmitt
Herrn M. Schmitt
Herrn N. Schmitt
Herrn O. Schmitt
Herrn P. Schmitt
Herrn Q. Schmitt
Herrn R. Schmitt
Herrn S. Schmitt
Herrn T. Schmitt
Herrn U. Schmitt
Herrn V. Schmitt
Herrn W. Schmitt
Herrn X. Schmitt
Herrn Y. Schmitt
Herrn Z. Schmitt

Belegpreis: Durch unsere Post für das Erzgebirge monatlich 3.00 Mark. Bei den Postämtern monatlich 3.50 Mark. Einmalig 10.00 Mark. **Abonnementpreis:** Durch unsere Post für das Erzgebirge vierteljährlich 9.00 Mark. Einmalig 25.00 Mark.

Abonnementpreis: Die Abonnementpreise sind: für das Erzgebirge monatlich 3.00 Mark, für das Erzgebirge vierteljährlich 9.00 Mark, für das Erzgebirge halbjährlich 18.00 Mark, für das Erzgebirge jährlich 36.00 Mark. **Einzelhefte:** 1.00 Mark.

Das Wichtigste vom Tage.

Watin meldet, daß die deutsche Note über die bessere Bewaffnung der deutschen Sicherheitspolizei in dem höchsten Gutachten an den Rat der Entente abgelehnt wird.

Die Botschaft Harding's im Kongreß enthält keinen Hinweis auf eine amerikanische Vermittlung zwischen Deutschland und der Entente.

Nach einer amtlichen Bekanntmachung haben die englischen Bergleute die Vorschläge der Regierung abgelehnt. Die Führer der Bergleute erklären, man sei von einer Beilegung der Streitigkeiten noch weit entfernt.

Im englischen Unterhaus wurden Nachtragsforderungen auf Erhöhung des Flottenmannaftsbekandes um weitere 25.000 Mann eingebracht.

Die einzige Methode.

Es ist nicht zu erkennen, ob der französische Ministerpräsident Briand seine Rede vom 5. April auf Mittelungen seines Landmannes Viviani hin gemacht hat, der 3. H. in Amerika in einer Sondermission u. a. für die französische Auffassung in der Reparationsfrage Verständnis wecken soll. Das Deutschland untergeschobene Bestreben, sich mit Amerikas Hilfe von der Erfüllung der Versailler Verpflichtungen zu befreien, kann durch die Handlungen und Unterlassungen der Reichsregierung in den letzten Monaten in keiner Weise belegt und muß daher mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Briand hat in seiner Senatrede vom letzten Dienstag wieder von dem schlichten Willen des deutschen Schuldners gesprochen und die deutschen Vorschläge in London ein schändliches Angebot genannt. Er hat mit seiner Schlussfolgerung, daß nach dem Scheitern der Londoner Konferenz nur noch der Vertrag von Versailles bestesse, formal durchaus recht; daß aber durch ein Dekret der Reparationskommission aus Deutschland das herausgeholt werden könne, worüber man sich in mündlichen Verhandlungen nicht einigen konnte, dürfte der leitende französische Staatsmann wohl selbst nicht glauben. Daran wird auch nichts geändert, wenn — wie Briand in Aussicht stellt — die starke Hand des Verbandes auf Deutschland niederfällt.

Briand will die Mittel der deutschen Großindustrie und einen Teil den deutschen Bodenschätze zur Zahlung der Kriegsschuld heranziehen. Würde es sich hierbei nur um eine private rechtliche Eigentumsverschiebung handeln, so würde damit die Produktivität der deutschen Wirtschaft an sich nicht gestört. Eine solche Verschleppung deutscher Vermögenswerte soll aber nach der in Paris wiederholt geduldeten Anschauung nicht nur eine Sicherung bedeuten, sondern die vollen Erträge der betreffenden verpfändeten Werke und wirtschaftlichen Hilfsquellen den Gläubigern Deutschlands zuleiten. Das würde in der Tat eine Zwangsversteigerung sein, wie sie in der genannten Rede Briand's wiederum in Aussicht gestellt wird. Fast 2 1/2 Jahre sind vergangen, seit Deutschland die Waffen niedergelegt. In dieser ganzen Zeit haben die Verbandsländer gehofft, den richtigen Einblick in die deutsche Zahlungsfähigkeit zu gewinnen. In dieser Zeit ist aber die deutsche Wirtschaftskraft in Verfall geraten; gleichzeitig ist aber auch die deutsche Reformwille verflüchtigt worden, da es unseren politischen und wirtschaftlichen Führern ausichtslos erschien, eine endgültige Ordnung herbeizuführen, ohne die Höhe eines viele Milliarden betragenden Schuldpostens zu kennen. Jeder Geschäftsmann weiß, daß ein in Zahlungsschwierigkeiten geratenes Unternehmen einer gewissen Frist bedarf, um für die Abtragung der Schuldsomme endgültige Vorschläge zu machen. Bis dahin muß sich der Gläubiger mit einem Provisorium begnügen. Die deutschen Vorschläge vom 1. März sehen ein solches Provisorium vor, indem bis zum Jahre 1928 mäßige Raten zugesagt und dann endgültige Vorschläge zur Abtragung der Restschuld in Aussicht gestellt wurden. Die Leiter der deutschen Politik mühten von allen guten Geistern verlassen sein, wenn sie hierbei den Hintergedanken gehabt haben sollten, die Reparation zu sabotieren. Ein 80-Millionen-Volk kann nicht 5 Jahre lang seine Wirtschaft in künstlicher Stagnation halten, um nach außen hin den Eindruck der Zahlungsunfähigkeit zu machen. Die abwartende Politik, welche die Verbandsstaatsmänner für gut befanden, war ein großer Fehler, indem sie uns bis heute außer Stand setzen, die Ueberschüsse zu erzielen und bereitzustellen, aus denen allein eine vernünftige Reparation geleistet werden kann. Trotz der neuen Drohungen des leitenden französischen Staatsmannes ist nächstes Verhandeln und Befestigung einer Uebergangsbasis mit mäßigen Leistungen die einzige Methode, wie die Ansprüche unserer Gläubiger aus dem Versailler Vertrag befriedigt und eine schwere Katastrophe mindestens für ganz Europa vermieden werden kann.

Die Zollgrenze am Rhein.

Die Internationalisierte Rheinlandkommission hat nunmehr die Befragung über die neue Zollgrenze am Rhein verlassen, die am 20. April in Kraft treten soll. Nach dieser Befragung wird im Osten des besetzten Gebietes eine neue Zolllinie eingerichtet, und alle Waren, die in das besetzte Gebiet über diese Linie eingeführt werden, unterliegen einer Zollabgabe in Höhe von 25 Prozent der Zölle, die in dem gegenwärtig in Kraft befindlichen deutschen Zolltarif vorgesehen sind, und zwar sind diese Zölle in Goldmark zu zahlen. Die Waren, die aus dem besetzten Gebiet über die neue Zolllinie ausgeführt werden, unterliegen einem Ausfuhrzoll in Höhe der Zölle, die gegenwärtig erhoben werden, und diese Zölle sind in Papiermark zu zahlen. Die Zollerhebung an der alten Zollgrenze bleibt bestehen. Das ist das Wesentliche der neuen Befragung. Auch wenn ein Protest gegen diesen Bruch des Friedensvertrages nicht erfolgt, so ist es gleichwohl nötig, Einspruch dagegen zu erheben, denn in Wirklichkeit stützen sich die neuen Zollbestimmungen auf nichts anderes als auf die Gewalt. Der deutsche Beamte, der von der Entente aus versehen war, ihr Geldsammelwerkzeug zu sein, hat ein solches Amtsinnen abgelehnt und hat es auch mit Recht abgelehnt können, denn keine deutsche Regierung und kein deutscher Beamter ist verpflichtet, der Durchführung der Sanktionen irgendjemand Generalvollmacht zu geben, so mag sie selbst einen stellen, und wenn jetzt der deutsche Beamte, der von ihr dazu aus versehen war, wegen Ungehorsams vor ein Kriegsgericht gestellt werden soll, so wird der Spruch dieses Gerichts alles andere als ein Rechtspruch sein. Darüber kann freilich kein Zweifel bestehen, daß die Wirkung dieser neuen Zollgrenze für uns sehr lässlich werden wird. Es wäre falsch, sich hier irgendwelchen optimistischen Illusionen hingeben. Das Rheinland wird diese Wirkung am ehesten verspüren, aber auch die deutsche Industrie und besonders die Industrie aus Süddeutschland wird sehr stark in Mitleidenenschaft gezogen werden. Das eine ist allerdings auch klar, daß sich die Hoffnungen der Entente nicht erfüllen werden. Frankreich wird auf diesem Wege das Geld nicht bekommen, das es braucht, und wenn man nichts weiter wollte, als uns zu Verhandlungen zu zwingen, so wäre die jegliche Zolllinie vollkommen überflüssig, denn die deutsche Verhandlungsbereitschaft ist oft genug und zuletzt von Minister Simons selbst betont worden. Auf Verhandlungen nach Paris und Londoner Muster müssen wir allerdings verzichten, denn solche Verhandlungen würden keine Einigung bringen, sondern das System der Bergewaltigung fortsetzen.

Die Finanznot der Länder.

Eine Unterredung mit dem sächsischen Finanzminister. Finanzminister Heide hat sich in einer Unterredung über die Finanznot der Länder und Gemeinden geäußert, besonders aber über die letzten Finanzverhandlungen in Berlin. Er bezeichnet das Angebot, das das Reichsfinanzamt gemacht hat, nämlich die Erhöhung des Anteils der Länder und Gemeinden an der Umsatzsteuer von 10 auf 15 Prozent, als unbillig, weil der Betrag, den man dadurch gewinnen würde, bei weitem nicht ausreicht, um den Ausfall auszugleichen, den die Länder und Gemeinden durch die Bestimmungen der neuen Novelle zur Reichseinkommensteuer erleiden. Nach einer oberflächlichen Berechnung würden durch die erwähnte Erhöhung des Anteils an der Umsatzsteuer 270 Millionen für die Gesamtheit der Länder und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Der Ausfall aber, den z. B. die Stadt München durch das ergangene Verbot der Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommens erleiden dürfte, beträgt allein etwa 50 Millionen Mark. Auf den Freistaat Sachsen würden von den 270 Millionen etwa 14-15 Millionen entfallen. Die Stadt Dresden allein dürfte aber schätzungsweise einen Ausfall von beinahe 20 Millionen zu verzeichnen haben. Also braucht Dresden allein mehr als die Gesamtsumme der Ueberschüsse an den ganzen Freistaat. Wobon die Ansprüche der übrigen sächsischen Großstädte und der etwa 3000 Gemeinden befriedigt werden sollen, ist eine offene Frage. Durch die neue Steuernovelle wird ferner den Ländern und Gemeinden jede Hoffnung genommen, daß sie je nach dem Ertrage der Steuereingänge mehr als den ihnen fernerzeit zugesicherten Betrag erhalten können. Der Verzicht auf diese Hoffnung ist außerordentlich bedauerlich. Endlich muß mit der Möglichkeit perhorresziert werden, daß die Länder und Gemeinden auf die Dauer nicht einmal den vollen, ihnen ursprünglich garantierten Betrag überweisen erhalten. Das bedeutet dann die Katastrophe. Die sächsische Finanzlage ist außerordentlich schlecht. Von der Milliarde, die Sachsen vom Reich erhalten soll, gehen 500 Millionen an die Gemeinden. Dem Staat bleiben ebenfalls 500 Millionen, wovon aber noch etwa 10 Prozent an den Ausgleichsstock abzuführen sind. Somit ist der wirkliche Betrag, den der Staat erhält, etwa 450 Millionen. Da nun der Staat zur Bezahlung der Gesamtanschuldung 800 Millionen braucht, so ist es klar, daß mit kleinen Hüfen nicht gebient ist. Wie nun die fehlende Summe aufgebracht werden soll, ist zunächst

unerfindlich. Man wird sich so helfen müssen, daß man eine neue steuerliche Belastung der Bevölkerung in Betracht ziehen muß. Bemerkenswert ist noch die Versicherung Heide's, daß die Zentralisierung in wirtschaftlicher Hinsicht für die Länder im allgemeinen und für Sachsen im besonderen außerordentlich nachteilig wirkt.

Scheidemann über die Lage.

Am Montag abend fand in Mannheim eine von der S. P. D. einberufene Versammlung statt, in der Oberbürgermeister Scheidemann (Kassel) über die politische Lage sprach. Zunächst erinnerte der Redner an die jüngsten Kommunistenputsche. Angesichts der Zustände im Innern stehe jede Reichsregierung vor den schwersten Aufgaben. Diese Aufgaben könnten aber nur von einer Regierung gelöst werden, die auch Autorität hat und die das Vertrauen des arbeitenden Volkes genießt. Die Stellung Ebert's betrachte er als unhaltbar, da er eine ausschließlich nichtsozialistische Regierung mit seinem sozialdemokratischen Namen decken mag. Wir haben uns das Vertrauen der Massen durch jahrzehntelange Arbeit erworben. Wir könnten es aber verlieren, wenn wir außerhalb der Regierung eine regierungsfeindliche Politik betreiben wollten. Der Redner kam dann auf die Vergangenheit zu sprechen, und sagte u. a., daß die Reichsregierung eine Möglichkeit zum Frieden zu gelangen, absichtlich sabotiert hat (?), daß im Anschluß an die Papstnote und die zwischen Rom und Berlin geführten Verhandlungen die Fraktionsführer des Reichstages direkt belogen worden sind. Die Folge dieser Berliner Taktik war das Scheitern dieser vom Papst eingeleiteten Friedensarbeit. (2) Redner brandmarkt andererseits die Ueberheit der Behauptung der Gegenseite, daß man keinen Krieg gegen das deutsche Volk führe, wenn man ihm dann im Friedensvertrag Bedingungen auferlege, die das deutsche Volk direkt verstoßen müßten, und man später in Spa und London diese Bedingungen noch verschärft. Ich weiß, daß Dr. Simons als ehrlicher und aufrichtiger Mann in London verhandelt hat. Er hat aber aber den Demagogen auf der anderen Seite die Arbeit leicht gemacht, indem er ihnen die Möglichkeit gab, diese Gegenüberstellung zu machen: Wir fordern 226 Milliarden, ihr aber bietet 30 Milliarden. Dabei hat Minister Dr. Simons von Anfang an gebeten, daß er die Entente vor der Deffektivität in das Unrecht hätte setzen können. Die Folgen des Scheiterns der Verhandlungen in London waren die Sanktionen. Es ist kein Zweifel, daß die Entente uns vollkommen ruinieren kann. Aber ich bin sehr überzeugt, daß sich dann mindestens Frankreich mit ruinieren wird. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands, Frankreichs und Englands sind einig über das, was von Deutschland verlangt und was auch geleistet werden kann: Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Material- und Arbeitsleistungen. Daß darüber noch Geldleistungen aufgebracht werden müßten, hat Dr. Simons in seinem Briefwechsel mit Amerika klar ausgesprochen. Zwei große Ziele der Reparation liegen vor: 1. Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, 2. Beschaffung sofort greifbarer Vorräte in fremden Lätiven. Für den 1. Punkt sind uns neue Strafmaßnahmen in Aussicht gestellt worden. Immerhin halte ich es für unbedingt notwendig, schnellstens neue Vorschläge wegen der Reparation zu machen, also jedenfalls vor dem 1. Mai, um nichts zu versäumen. Die beste Stütze in unserem Bestreben, eine Revision des Friedensvertrages zu erreichen, sind die Arbeiter in den Ententeländern. Um die Gefahren für die Republik von rechts und links auf die Dauer bannen zu können, bedarf es einer zentralen und entschlossenen Sozialdemokratischen Partei.

Kleine politische Meldungen.

Eine günstige Wendung in der preussischen Regierungsbildung. Die Dienstag-Besprechungen Stegerwalds mit den Parteiführern sollen einen günstigeren Verlauf als am Montag gehabt haben. Es ist dem neuen Ministerpräsidenten gelungen, eine bedingte Zusage der Reichsheitssozialisten, Demokraten und des Zentrums zu erhalten. Am Mittwoch wird Stegerwald mit den außerhalb der bisherigen Koalition stehenden Parteien des Landtages verhandeln. Dr. Simons Rückkehr nach Berlin. Minister Dr. Simons ist gestern vormittag zusammen mit dem Reichsanwalt in Berlin angekommen. Mittag 12 Uhr fand eine Besprechung mit dem Reichspräsidenten statt. Darauf folgte am Nachmittag eine Sitzung des Reichskabinetts. Ueber etwaige politische Vorschläge, die der Minister zu machen gedenkt, kann zunächst noch keine Mitteilung gemacht werden. Frankreich zu neuen Verhandlungen bereit. Havas begleitet die Ausführungen des deutschen Ministers Simons zu dem Briand-Versprechen mit dem Bemerkung, daß Frankreich zu neuen Verhandlungen mit Deutschland bereit bleibe, jedoch niemals in eine Herausforderung seiner Garantien gegenüber Deutschland und in eine Preisgabe seiner militärischen und wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegenüber Deutschland einwilligen würde. Amerika denkt nicht an Vermittlung. Von sehr glaubwürdiger amerikanischer Seite wird berichtet, daß die Washingtoner Regierung sich nicht mit der Ansicht trägt, in der Reparationsfrage zwischen Deutschland und den Alliierten zu vermitteln. In Washington sei man der Ansicht,